



Die Schweiz sucht einen Ort, um ihre radioaktiven Abfälle zu entsorgen.

FOTO: DDP

Atomendlager Hochrhein?

Der Euro-Districtsrat will zum Schweizer Standort für Atommüll gehört werden

VON UNSERER MITARBEITERIN
ANNETTE MAHRO

LÖRRACH. Die Schweiz prüft bei der Suche nach einem Endlager für Schweizer Atommüll auch Standorte am Rande des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB). Zwar konnten sich die Mitglieder des TEB-Districtsrats in ihrer Sitzung am Freitag noch nicht auf eine endgültige Resolution einigen. Die

Kommission Umwelt, Energie und Landwirtschaft und namentlich ihr Vorsitzender, der grüne Lörracher Kreistagsabgeordnete Josha Frey, möchten aber durchsetzen, dass der TEB seitens der Schweiz über alle Pläne laufend informiert wird und auch dazu Stellung nehmen kann.

Möglich wäre das zum derzeitigen Zeitpunkt noch, wie der von Frey eingeladenene

Sachverständige Lüder Rosenhagen den Mitgliedern des Districtsrats erklärte. Als Mitglied des deutschen Bundes für Umwelt und Naturschutz BUND hat er Einsitz in der Schweizer Begleitkommission, die nach der Ablehnung des ursprünglich vorgesehenen Schweizer Endlagers in Benken nahe Schaffhausen jetzt nach Alternativen sucht. Wie Rosenhagen erläuterte, gilt in der Schweiz, wie auch weltweit, als Tiefenlager für radioaktive Abfäll-

le das Gestein Opalinuston als besonders sicher. Diese Gesteinsschichten kommen schweizweit entlang des Jura und des Hochrheins vor.

Zwar sei, so Rosenhagen, den Nachbarn vorgeworfen worden, ein bewusst grenznahe Tiefenlager zu suchen. Das erscheint dem BUND-Mitglied aber unwahrscheinlich: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Schweiz mit Absicht die Konfrontation sucht.“ Zwar gäbe es Opalinuston auch noch an anderen Schweizer Standorten, dort seien sie aber sehr viel tiefer gelegen, was den Zugang nachvollziehbar erschwere.

Trotz zwei Einsprüchen aus Frankreich und der Schweiz, folgte nach der Diskussion die Mehrheit im Districtsrat dem Vorschlag ihres Noch-Präsidenten, des Lörrachers Ulrich Lusche, grundsätzlich

eine Teilhabe an den Schweizer Entscheidungen anzustreben. Der Basler Großrat Heinrich Überwasser hatte demgegenüber eine deutliche Absage empfohlen: „Wenn wir da nicht „bei uns nicht‘ sagen, sagen wir ja.“ Weitgehend einig war sich das trinationale Gremium jedoch darüber, dass es gelte, von nationalem Denken abzusehen, müsse doch die sicherste Lösung auch eher im Sinne des TEB sein als die am weitesten entfernte.

Voraussichtlich noch für die Dauer von rund zweieinhalb Jahren läuft die erste Etappe der Schweizer Endlager-Untersuchungen. Innerhalb dieser Zeit können auch Gemeinden, die nicht unmittelbar an bisher ausgewählte mögliche Tiefenlagerstandorte angrenzen, sich zu Betroffenen erklären. Für den Eurodistrict träfe

das zu. Einsitz in die Begleitkommission können ausdrücklich auch Gemeinden aus den Schweizer Nachbarländern nehmen.

Joshua Frey wünscht über eine solche Einflussnahme hinaus aber dennoch eine Prüfung, ob sich der TEB nicht den beiden Kantonen Basel-Stadt und Basellandschaft anschließen könnte. Beide haben entschieden, keine Endlagerstätten für radioaktiven Abfall auf ihrem Kantonsgebiet zuzulassen. Bisher betreibt die Schweiz nur ein Zwischenlager im aargauischen Würenlingen. Mit der Suche nach einem geologischen Endlager ist in der Schweiz die „Nationale Genossenschaft für Lagerung radioaktiver Abfälle NAGRA“ beauftragt.